

## **DIE LINKE - Original sozial**

Gut ein Jahr nach ihrer Gründung ist DIE LINKE im deutschen Fünfparteiensystem zu einer festen Größe geworden. Bundesweit liegen wir in Umfragen stabil zweistellig, im Osten sind wir inzwischen mit rund 30 Prozent laut seriöser Umfragen sogar die stärkste Partei. Wir verfügen über eine handlungsfähige Bundestagsfraktion und inzwischen über Fraktionen in zehn Landesparlamenten. Links erzeugt zunehmend Wirkung, wir bestimmen in erheblichem Maße die Themen auf der politischen Agenda, und sogar in Bayern hat man erkannt, dass es sich lohnt, DIE LINKE zu wählen, selbst wenn es diesmal noch nicht ganz zum Einzug in den Landtag gereicht hat.

Das eröffnet uns auch in Leipzig beste Chancen für unsere Wahlkampfstrategie im Jahre 2009, deren Grundlagen in den nächsten Wochen gelegt werden. Diesbezüglich sollten wir übrigens die unlängst veröffentlichte, nicht nur von linken Medien sehr spektakulär reflektierte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu sozialen Veränderungen in unserer Basis und in unserer Wählerschaft beachten. Anhänger und Wähler der LINKEN kommen aus allen Schichten der Bevölkerung, im Osten übrigens überdurchschnittlich aus der gehobenen Mittelschicht, im Westen stärker aus dem Arbeitermilieu und der unteren Mittelschicht. DIE LINKE ist - obwohl wir völlig zu Recht das Motto „original sozial“ für uns reklamieren können - eben nicht nur eine Partei der Unterschichten und der Interessenvertreter der sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten. Ich will die besagte Studie an dieser Stelle aus Platzgründen nicht weiter auswerten, sie verweist aber auf durchaus noch

nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten. Ob wir eine Volkspartei sind, lasse ich mal dahin gestellt, eine Partei des Volkes sind wir allemal. Entscheidend für den Wahlerfolg im Jahre 2009 dürfte allerdings sein, ob wir in der Lage sind, nicht nur unsere Stammwählerschaft zu mobilisieren, sondern mit unserem sozialen Radar die wachsende Zahl der Nichtwähler zu erreichen und einen Teil von ihnen für uns zu gewinnen. Dafür



sind neue inhaltliche Ansätze, aber auch kreative Aktivitäten gefragt. Realitätssinn, Zuverlässigkeit und das permanente Bemühen, unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten vor allem im Interesse der sozial Benachteiligten auszuweiten, charakterisiert jedenfalls weiterhin DIE LINKE in Leipzig, das soll auch unser Markenzeichen bleiben. Dazu steht keineswegs im Widerspruch, dass wir uns entsprechend der Größe der Linksfraktion im Stadtrat nicht mit einem Bürgermeisterposten begnügen werden. Ich bin zuversichtlich, dass noch vor den Kommunalwahlen Heiko Rosenthal gute Gesellschaft bekommt. Die weitere Vorbereitung des Wahlkampfes vollzieht sich in zwei Etappen. Bis zum Ende des Jahres diskutieren wir ja nicht nur das Kommunalwahlprogramm, sondern haben mit den Ver-

sammlungen in den Stadtbezirken sowie der Bestimmung der Direktkandidaten für die Landtags- und die Bundestagswahlen vor allem in der Basis alle Hände voll zu tun. Der Stadtvorstand beruft darüber hinaus den Wahlstab und arbeitet an der Wahlkampfstrategie. Das Frühjahr ist dann charakterisiert von der Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms, von der Wahl unserer Kandidaten für die Kommunalwahl und von einer Gesamtmitgliederversammlung, auf der wir die Vertreter für die Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landeslisten zur Landtags- und Bundestagswahl wählen. Dieses erste Quartal sollten wir in den Stadtbezirks- und Ortsverbänden darüber hinaus nutzen, alle organisatorischen Fragen zu klären und die lokalen Wahlkampfstrukturen aufzubauen. Ab Anfang April geht dann der Wahlkampf wirklich los und am 1. Mai beginnt schon dessen heiße Phase.

Eins ist klar: Unsere Mitglieder und Sympathisanten sind unser wichtigstes Kapital im Wahlkampf. Agiert diese Basis geschlossen, so kann man uns nur schwer aus der Bahn werfen. Zugleich ist ein Mitglieder- und Sympathisantenwahlkampf auch der Grundstein für eine nachhaltige Arbeit über den Wahltag hinaus. Denn die aktive Verbreitung unserer Inhalte im Wahlkampf und die Knüpfung politischer Netzwerke während dieser Zeit bildet die Grundlage für den nachhaltigen Ausbau der Partei. Jede Energie, die im Wahlkampf in die Mitgliedschaft sowie in die Gewinnung und Aktivierung neuer Mitglieder gesteckt wird, kann nach den Wahlen in Form von gestärkten Strukturen vor Ort wieder geerntet werden.

**Dr. Volker Külöw**

## Wahlergebnisse und Beschlüsse auf dem Stadtparteitag am 18. Oktober 2008

### Wahlergebnisse zur Wahl der Delegierten für den Landesparteitag

Martin Tauchert 17 Stimmen

### Wahl Jugend weiblich

gewählt wurden:

Susann Lindner 79 Stimmen  
Franziska Lange 76 Stimmen  
Anja Pellmann 75 Stimmen

### Wahl vormalige WASG weiblich

gewählt wurden:

Jenny Gullnick 84 Stimmen  
Sylvia Höhne 78 Stimmen  
ein Mandat kann nachgewählt werden

### Wahl Frauenliste

gewählt wurden:

Ilse Lauter 76 Stimmen  
Cornelia Falken 74 Stimmen  
Margitta Hollick 68 Stimmen  
Steffi Deutschmann 68 Stimmen  
Elke Gladytz 64 Stimmen  
Stefanie Götze 62 Stimmen  
Barbara Höll 60 Stimmen

nicht gewählt wurden:

Juliane Nagel 49 Stimmen  
Carola Lange 30 Stimmen

### Wahl Jugend allgemein

gewählt wurden:

Martin Bertram 77 Stimmen  
Thomas Dudzak 69 Stimmen  
Johannes Hanf 61 Stimmen

nicht gewählt wurden:

Gregor Henker 36 Stimmen

### Wahl vormalige WASG allgemein

gewählt wurden:

Andreas Kermer 75 Stimmen  
Joachim Zetzsche 71 Stimmen  
Jürgen Froberg 67 Stimmen

### Wahl allgemeine Liste

gewählt wurden:

Dietmar Pellmann 63 Stimmen  
Volker Külöw 61 Stimmen  
Michael-Alex. Lauter 61 Stimmen  
Sören Pellmann 58 Stimmen  
Marco Götze 51 Stimmen  
Keith Barlow 48 Stimmen  
Alexander Fichtner 40 Stimmen

nicht gewählt wurden:

Thomas Kachel 37 Stimmen  
Tilman, Loos 31 Stimmen  
Siegfried Schlegel 25 Stimmen  
Holger Weidauer 20 Stimmen  
Siegmund Mai 16 Stimmen  
Andreas 11 Stimmen  
Steffen Reichardt 6 Stimmen

## Beschlüsse

### Unterstützung Armutsfamilien

Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig unterstützt aktiv und konkret mit Sach- und Geldspenden die Aktion Spielzeug für Kinder aus Armutsfamilien, initiiert durch den Erwerbslosenausschuss ver.di-Leipzig/Nordsachsen.

### Zum neuerlichen Streit um den Uni- versitätsneubau

DIE LINKE. Leipzig erklärt sich solidarisch mit dem StudentInnenrat, dem Senat und Rektor der Universität Leipzig.

### Beschluss zur Unterstützung der Aktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch am 25. Oktober

DIE LINKE. Leipzig mobilisiert ihre Mitglieder zur antifaschistischen Demonstration "Für Freiheit und Menschenwürde statt Volksgemeinschaft!" sowie weiteren möglichen Aktionen und appelliert an die Stadt Leipzig sowie die LeipzigerInnen, sich am 25. 10. 2008 an zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Aktivitäten zu beteiligen. Der Stadtvorstand leistet aktive Unterstützung.

### Beschluss zum Finanzplan

Der Finanzplan wurde ohne Änderungen beschlossen.

### Antrag zur Mandatszeitbegrenzung

Dieser Antrag wurde zur rechtlichen Prüfung an den Stadtvorstand verwiesen und sollte nach deren Abschluss auf einer nächsten Tagung zur Behandlung vorgelegt werden.

### Satzungsänderung

Dafür wurde die notwendige 2/3-Mehrheit der gewählten Delegierten nicht erreicht. Diese wird daher nochmals aus der nächsten Tagung des Stadtparteitages aufgerufen.

## Bisky in Leipzig: Europa-Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden/internationale Politik:

Am Wochenende vom 20. und 21. Dezember führt die BAG Frieden/internationale Politik in Leipzig eine Europapolitische Konferenz durch. Es gibt prominente Gäste und interessante Themen: Eröffnet wird am 20. Dezember um 12:30 Uhr durch unseren Parteivorsitzenden Lothar Bisky, danach diskutieren u. a. Gabi Zimmer, Diether Dehm und Heiko Kosel das neoliberale Europa und die Antwort, die DIE LINKE darauf geben können. Am Sonntag vormittag (ab 9:30) wird Sahra Wagenknecht das Europa-Wahlprogramm der LINKEN vorstellen. Voraussichtlicher Tagungsort ist der WABE e. V. am Kanal 28 in Plagwitz.

Alle Leipziger Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen teilzunehmen. Wir suchen auch noch Genossinnen und Genossen, die bereit wären, unseren Gästen aus dem ganzen Bundesgebiet vom 20. zum 21. Dezember eine Übernachtung zu ermöglichen.

## Aus LIN - X - MAS wird der Nikolaus-Haltepunkt Leipzig. Der Endspurt beginnt.

Den im letzten Mitteilungsblatt angekündigten Weihnachtsmarkt LIN-X-MAS haben wir zur Nikolausfeier -Nikolaus-Haltepunkt-Leipzig umgestaltet, denn zu ehrgeizig war es gewesen, in so kurzer Zeit eine solche umfangreiche Veranstaltung auf die Beine stellen zu wollen. Trotzdem wollten wir das Vorhaben nicht ganz zu den Akten legen, und so haben wir einfach einen Gang heruntergeschaltet und ein Konzept erarbeitet, das sich in der Kürze der Zeit auch realisieren lässt.

Und getreu dem Motto „klein aber fein“ werden wir also mit den beteiligten Vereinen, Erwerbsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen am 6. Dezember auf dem Lindenauer Markt von 14:00 bis 18:00 Uhr ein fröhliches Nikolausfest mit den Kindern Leipzigs feiern, denen es nicht vergönnt ist auf der Sonnenseite aufzuwachsen. Doch um dieses etwas kleinere Fest wirklich zu einem Erfolg werden zu lassen, bedarf es weiterhin der Mithilfe einer jeden einzelnen Genossin und eines jeden einzelnen Genossen unseres Stadtverbandes.

An dieser Stelle erst einmal ein Dank an alle, die unserem Spendenauftrag schon gefolgt sind und mit einer Geld- oder Sachspende die Nikolausfeier bereits unterstützt haben. Bei dieser Gelegenheit haben mich einige Genossen auf ein Problem aufmerksam gemacht, welches wir gerne korrigieren. Ab sofort können die Geschenke und Spenden zusätzlich auch an folgenden Stel-

len abgegeben werden, so dass nicht der – für manche doch weite - Weg in die Demmeringstraße gegangen werden muss. Als Anlaufpunkte können ab sofort zusätzlich genutzt werden:

- Geschäftsstelle LINKE.LEIPZIG; Braustraße 15; 04107 Leipzig
- Wahlkreisbüro Dr. Pellmann; Stuttgarter Alle 6; 04209 Leipzig
- Wahlkreisbüro Dr. Höll; Gorkistraße 120; 04347 Leipzig
- linxxnet, Bornaische Straße 3d; 04277 Leipzig – und natürlich weiterhin auch

- Zentrum für Integration e. V. Demmeringstraße 115; 04179 Leipzig

Trotz des kleineren Formats der Nikolausfeier bleiben die wichtigsten Elemente erhalten: Zusammen mit dem Bezirkserwerbslosenverband Leipzig/Nordsachsen werden wir das von der LINKEN und dem Bezirkserwerbslosenverband in einer gemeinsamen Aktion gesammelte Spielzeug an die Kinder verteilen. Zusammen mit dem DJ „HITBOX on Tour“ wird die Kabarettgruppe „Die singenden Eichen“ für eine manchmal gar nicht so ernsthafte vorweihnachtliche Stimmung sorgen und Kinder und Erwachsene zum Mitmachen animieren.

Einer der Höhepunkte der Nikolausfeier wird mit Sicherheit die Verlosung von 75 Eintrittskarten für die Vorstellung am Samstag, den 13. Dezember 2008 „Der Drache, die Riesin und das dicke dreizehnte Königskind“ im Theater der Jungen Welt sein. Für diese Auslosung

wird ein Glücksrad aufgestellt, an dem die Kinder dann ihre Eintrittskarte „erdrehen“ können.

Das Zentrum für Integration e. V. wirft den Grill an und sorgt für ein warmes Essen für die Nikolausfeier. Gemeinsam mit der Selbsthilfegruppe der allein Erziehenden e. V. (SHIA) wollen wir wetterfeste Winterbekleidung an die Kinder weitergeben. Und natürlich werden auch genügend Pavillons und Tische und Stühle aufgebaut, um Platz und Raum zu geben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei stehen für die Besucher auch kompetente Gesprächspartner des Leipziger Erwerbslosenzentrums und des Zentrums für Integration bereit, alle mit langjähriger Beratungserfahrung.

Bis zum 6. Dezember sind es nun nur noch ein paar Tage, so dass wir jetzt den Endspurt einläuten können und alle Leser des Mitteilungsblattes nochmals dazu aufrufen, Spielzeug, Kinderbücher, Winterbekleidung oder auch eine Geldspende bei den genannten Büros abzugeben, und sich den Termin dick im Kalender anzustreichen, denn jede Helferin und jeder Helfer sind uns herzlich willkommen.

Pia Witte

Die Bankverbindung für eine Geldspende:  
 Zentrum für Integration  
 Bank für Sozialwirtschaft  
 BLZ: 86020500  
 Konto: 3529505  
 Verwendung: Nikolausfeier

## Armut und prekäre Lebensverhältnisse – Aufgaben für DIE LINKE

In den kommenden Wochen jähren sich zwei politische „Wenden“ in Deutschland. Für Sozialistinnen und Sozialisten Anlass, einen Blick zurück zu werfen, denn aus der Geschichte lernen, bedeutet Schlüsse für die Zukunft ziehen. Seit zwanzig Jahren sind die Gebiete der ehemaligen DDR an den kapitalistischen Weltmarkt angeschlossen.

Seit zehn Jahren ist die Bevölkerung ganz Deutschlands der Regierungspolitik der SPD und einem Siegeszug des Neoliberalismus ausgesetzt.

### Zehn Jahre Neoliberalismus

Längst bemerken nicht mehr nur Sozialistinnen und Sozialisten das Ausmaß an Ungerechtigkeit einer solchen Politik. Kurz vor der einsetzenden Finanzkrise hatte mit der Politik der Agenda 2010 die Umverteilung zu Gunsten des Kapitals und zu Lasten der Lohnabhängigen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Selbst die Bundesregierung musste in ihrem im Mai erschienenen „Armut- und Reichtumsbericht“ feststellen: Jeder achte in unserem Land lebt in Ar-

mut.

Ohne staatliche Unterstützung wie Arbeitslosen-, Kinder-, oder Wohngeld würde ein Viertel der Bevölkerung in Armut leben. Besonders arm sind Erwerbslose, Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) kam im Oktober zum Schluss, dass in Deutschland die Einkommensunterschiede wie in keinem anderen hochentwickelten Industriestaat zugenommen haben. Während seit der Jahr-



tausendwende Geringverdienerinnen und Geringverdiener rund zehn Prozent Reallohnverlust hinnehmen mussten, haben die Reichsten stetig hinzugewonnen: Heute lebt in der Bundesrepublik die dritthöchste Zahl an Milliardären in der Welt.

Die Politik der Agenda 2010 zersetzt die Gesellschaft. Durch den Abbau von Normalarbeitsverhältnissen ist ein durch unsichere Beschäftigung und Lebensverhältnisse gekennzeichnetes Prekariat entstanden.

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind Leiharbeit, befristete Beschäftigung und erzwungene Teilzeitarbeit, ebenso wie Mini- oder Midijobs, abhängige Selbstständigkeit oder geförderte Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“). Gemein ist all diesen Beschäftigungsformen, dass sie kaum existenzsichernd sind und die Betroffenen in dauernder Unsicherheit leben.

Am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchien leben in einer Zone der Entkoppelung Menschen ohne reale Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Diese „Entbehrlichen“ (Marx) der Arbeitsgesellschaft sind ausgeschlossen von regulären Arbeitsverhältnissen, von sozialem Umfeld, Kultur und Bildungskapital.

### **Solidarität vor Ort organisieren**

DIE LINKE kommt aus der Arbeiterbewegung, verbindet alte Positionen mit neuen Einflüssen auf der Suche nach einem linkssozialistischen Weg. Sie unterscheidet sich in einem wesentlichen Merkmal von der restlichen deutschen Parteienlandschaft. Sie möchte nicht der Liebling aller, sondern die Partei der Lohnabhängigen sein. Dabei ist sehr wichtig, dass der Begriff der Lohnabhängig Beschäftigten weit mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Normalarbeitsverhältnissen umreisst. Arbeitslose, Prekarierte, auch Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende, denen der Kapitalismus ebenso wie Künstlerinnen und Künstlern nicht einmal Lohn zugesteht: Sie alle sind im Konflikt von Kapital und Arbeit verortbar und von den asozialen Reformen der großen Koalition betroffen. Sie werden gegeneinander ausgespielt. Die Angst, in ungesicherte, nicht existenzsichernde, Beschäftigung abzurutschen bewegt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allzu häufig zum Lohn- und Streikverzicht. In den Betrieben wird die Belegschaft in reguläre und Zeitarbeitsverhältnisse gespalten. Am unteren Ende der Unternehmenshierarchie stehen Migrantinnen und

Migrantinnen und Frauen. Diese Arbeitsmarktpolitik führt zu sexistischem und rassistischem Klima in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine starke LINKE, die nicht nur vom Anspruch, sondern auch von der Funktion her die Interessen der Lohnabhängig Beschäftigten in der Gesellschaft vertritt. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, um die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben vor Ort zu verstehen und mit den Betroffenen Strategien der Solidarität und Gegenwehr zu entwickeln. Ihre Selbstbefreiung ist unser Ziel. Die bevorstehenden Wahlkämpfe und mit vereinter Kraft zu erringenden Wahlerfolge sind kein Selbstzweck. Sie dienen der „Emanzipation der Arbeiterklasse“, wie man früher so schön gesagt hätte. Auch in diesem Sinne: Ein Blick zurück ist manchmal wichtig, um einen neuen Schritt nach vorn zu bestehen. In diesem Sinne wollen wir mit der Konferenz zu Armut und Prekarisierung am 22. November in Leipzig einen Beitrag zu linkssozialistischen Positionen in der Programmdebatte leisten.

**Sascha Wagener  
Simon Zeise**

---

## **In den Startlöchern für die kommenden Wahlkämpfe? Ein Blick auf Bündnisse und Aktionen der Nazis in Leipzig**

Am 25. Oktober 2008 fand in Leipzig die sechste Demonstration des neonazistischen Netzwerkes „Freie Kräfte“ im laufenden Jahr statt.

Nach Reudnitz im Januar, Grünau im April, Großzschocher im Juni, Reudnitz im August und September waren es mit Schönefeld und Sellerhausen wiederum Ortsteile am Stadtrand, die dem recht jungen Naziklientel als Aufmarschort dienten. Wiederum setzten sie thematisch auf die Themen Kinder/ Jugend und Familie. Dabei verkoppelten sie durchgehend die soziale Frage - Perspektivlosigkeit oder Arbeitsplatzmangel - mit der „nationalen Frage“ und Rassismus. Eine starke „Volksgemeinschaft“ müsse gegen die Globalisierung in Stellung gebracht und vor „Überfremdung“ geschützt wer-

den. In Anlehnung an die NPD wurden im Aufruf für den 25. Oktober ein „Zuwanderungsstopp“ sowie ein Gehalt für deutsche Mütter gefordert. Nicht nur im Hinblick auf inhaltliche Forderungen lässt sich die Annäherung von NPD und „Freien Kräften“ wahrnehmen. Im April diesen Jahres gründete sich in Leipzig ein so genannter „Stützpunkt“ der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), der personell durch Protagonisten der „Freien Kräfte“ getragen wird und offiziell für die Durchführung der letzten beiden öffentlichen Veranstaltungen verantwortlich zeichnete. Als Aufmarschorte wähl(t)en sie nicht zufällig Stadtteile, in denen fast ausnahmslos überdurchschnittlich hohe NPD-Stimmanteile bei den 2004er Landtagswahlen verzeich-

net wurden. Anfang November war die NPD zudem mit einem Infomobil im Leipziger Stadtgebiet unterwegs, aktive Unterstützung beim Verteilen von Flyern am Arbeitsamt, in Schönefeld und in Grünau waren bekannte Protagonisten der „Freien Kräfte“.

Während sich die Nazis also energisch aufstellen, gehen Aufmerksamkeit und Widerspruch aus Zivilgesellschaft und Stadtpolitik spürbar zurück.

Es war an antifaschistischen Strukturen wieder und wieder Protest zu organisieren, zu mobilisieren und öffentlich auf das Naziproblem hinzuweisen. Während aus dem Rathaus - bis auf Ausnahme der brisanten Fälle der geplanten NPD-Demonstration im Zuge des so genannten „Türsteher-Streites“ und des Mordes an Michelle - keine Kommentare zu vernehmen sind, konzentrieren sich zivilgesellschaftliche Initiativen weitestgehend auf präventive Arbeit. Natürlich muss sich tiefgründig mit Ursachen von Nazismus, mit ge-

sellschaftlichen Rahmenbedingungen, die rassistisches und chauvinistisches Denken befördern und Alltagsdiskriminierung auseinandergesetzt werden. Dies ersetzt allerdings nicht die offensive Reaktion auf öffentlich zur Schau gestellte nazistische Ideologien.

Die, die sich im laufenden Jahr aufopferungsvoll für eine öffentliche Debatte und Mobilisierung gegen Aufmärsche, Übergriffe und Propaganda-Aktionen ins Zeug geworfen haben, werden weiterhin kompromisslos in die Extremisten-Ecke gestellt.

Es ist an der monopolistischen Lokalpresse, die Mobilisierungen gegen Nazis, für ein Leben in Menschenwürde, auf einen reinen Schaukampf zwischen

„Antifa“ und „Nazis“ zu reduzieren. Eine ausgewogene Berichterstattung müsste das Problem menschenverachtender extrem rechter Ideologie in den Mittelpunkt stellen, genau wie sich offizielle Politik auf eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit den Nazi-Parolen einlassen müsste!

Die Normalisierung, die die jungen Nazistrukturen mit ihrer massiven Präsenz anstreben, wird durch eine Kultur des Schweigens, eine Kultur der Teilnahmslosigkeit befördert. Die maßgeblich durch Mitglieder unserer Partei initiierte und breit getragene, kurzfristig auf die Beine gestellte Protestaktion am 25. Oktober in Schönfeld durchbrach dieses Klima dabei wohlthuend und steht

beispielhaft für das dringend notwendige Schmieden von Bündnissen.

Denn die Situation ist durchaus ernst: Weitere Aktionen der Nazis sind zu erwarten, ein kommunaler Wahlantritt der sich verjüngenden NPD nicht ausgeschlossen. Wird es erst wenn die NPD im Leipziger Stadtrat sitzt zum „Aufschrei der Anständigen“ kommen? Es ist vor allem an uns, die Debatte und Auseinandersetzung anzustoßen und gegen die Kultur des Schweigens und Wegschauens, gegen das wirkungsmächtige Paradigma der Gleichsetzung von linker und rechter Politik und der Bagatellisierung des Nazi- als gesellschaftliches „Randproblem“ vorzugehen.

Juliane Nagel

## Ansprache von Dr. Volker Külöw anlässlich der Robert-Blum-Ehrung am 9. November 2008 an der Gedenktafel Altes Rathaus

Der 9. November gilt als ein besonders schicksalsträchtiges Schlüsseldatum für die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Am Beginn der vielschichtigen Ereignisse, die sich merkwürdigerweise immer wieder genau an diesem Tag abgespielt haben, steht die Hinrichtung von Robert Blum am 9. November 1848, deren 160. Jahrestag uns heute hier zusammengeführt hat.

„Blum soll sprechen“, so erscholl des Volkes Stimme genau auf diesem Platze acht Monate zuvor, am 3. März 1848. Vom Balkon des Rathauses forderte der Leipziger Journalist und Stadtverordnete Robert Blum an diesem Tage den Rücktritt aller Minister des Königs. Leipzig war das Zentrum der sächsischen Märzrevolution - Verlagsbuchhändler Robert Blum ihr geistiger und politischer Kopf.

Leipzig stand im Zentrum der Freiheitsbewegung. Schwarz-rot-goldene Fahnen wehten an vielen Stellen der Stadt. Das Bürgertum beehrte gegen verkrustete politische Strukturen auf und forderte eine parlamentarische Demokratie. In der Grimmaischen Straße wuchsen Barrikaden. Die Forderungen der Bürger wurden klar formuliert - Pressefreiheit stand oben an. Arbeiter aus den meist jungen Betrieben, die im industriellen Aufschwung aus dem Bo-

den schossen, wehrten sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung. Noch verhielten sich die Aufständischen diszipliniert und warteten auf Einsicht des Dresdner Hofes. In dieser Situation war es der Linke Robert Blum, der die Forderungen der progressiven Leipziger bündelte und sie unüberhörbar artikulierte. Er war - in heutiger Diktion - der Hoffnungsträger der Fortschrittskräfte. Robert Blum trug die Forderungen der "unteren Schichten" brillant und kompromisslos vor.

Die Anstrengungen fruchteten. Am 16. März erhielt Sachsen das erste bürgerliche Ministerium seiner Geschichte. Am 27. März 1848 - und das sei am heutigen Tag besonders hervorgehoben - übertrug die israelitische Gemeinde Robert Blum das Mandat, sich in Frankfurt für die „vollkommene politisch-bürgerliche Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse“ einzusetzen.

Der Linke und Freiheitsverkünder Robert Blum wurde Delegierter der Nationalversammlung und genoss folglich Immunität. Das hinderte die Reaktion nicht daran, furchtbare Rache an einem ihrer prominentesten Gegenspieler

zu nehmen. Als Blum im Oktober 1848 nach Wien reiste, um dort den mutigen Aufständischen eine Beifallsadresse der Linken aus der Nationalversammlung zu überbringen, schlugen die rückwärts gewandten Kräfte zu.

Robert Blums Hinrichtung am 9. November 1848 in der Brigittenau bei Wien war nicht nur die exemplarische Exekution des Führers der Frankfurter Linken, sondern der Nationalversammlung insgesamt. Mit dem feigen politischen Mord an Blum schoss die Reaktion den Weg frei für Blut und Eisen in Preußen-Deutschland. 1849 nahm die Konterrevolution in Deutschland ungehindert ihren Lauf.

Die überlebenden Leipziger Alt-Revolutionäre bewahrten das Vermächtnis von Robert Blums Geist am berühmten „Verbrechertisch“ in dem am Brühl gelegenen Kellerlokal „Zur guten Quelle“ noch Jahrzehnte später.

Gleich 1848 war es die von Marx in Köln herausgegebene „Neue Rheinische Zeitung“, die das Wirken des Paulskirchen-Linken in einem Nachruf



würdigt, „ein Mann, auf den wir stolz sein können, dessen Name in den Herzen des Volkes mit der Erinnerung an den historischen Freiheitskampf zu Wien fortleben wird.“

50 Jahre später, 1898, ist es dann der Leipziger Linke August Bebel, der in einer stürmischen Debatte im Deutschen Reichstag das Andenken der Kämpfer der Revolution von 1848 und von Robert Blum verteidigt.

Wiederum ein halbes Jahrhundert später und exakt 100 Jahre nach der Ermordung eines der bedeutendsten

deutschen Revolutionäre sind es unter dem legendären Oberbürgermeister Erich Zeigner Leipziger Linke, die diese Gedenktafel 1948 zu Ehren Robert Blums, des Kämpfers für ein geeintes, demokratisches Deutschland, errichten.

Und 2008 ist es wiederum die Leipziger Linke, diesmal mit dem gleichlautenden Parteinamen, die Robert Blum am 160. Jahrestag seiner Ermordung ehrt und sich zum Erbe des aufrechten Leipziger Demokraten, des besten Mannes der Revolution von 1848, bekennt.

Demokratie als wahre Herrschaft des Volkes und soziale Gerechtigkeit - das sind unsere zentralen Forderungen. Der politische Kampf geht weiter. Die LINKE steht in der Tradition von Robert Blum, der das Urbild eines neuen Menschentyps in der deutschen Politik verkörperte, bei der Wort und Tat eine untrennbare Übereinstimmung bildeten und dessen letzte Worte lauteten: „Ich sterbe für die Freiheit, für welche ich gekämpft. Möge das Vaterland meiner eingedenk sein!“

## Leipziger Linke unterstützt die Universität mit Wort und Tat

Für Leute vom Bau mit Verstand und Herz ist der Abriss jedes Gebäudes ohne Not, das noch nicht verschlissen sowie nutz- bzw. nachnutzbar ist, barbarisch, weil es nicht nur um Kultur sondern auch um die Vernichtung vergangenheitsbewahrender menschlicher Arbeit geht. Das trifft auf universitäre Gebäude oder allgemeinbildenden Schulen und Sporthallen aber auch Wohnungen gleichermaßen zu. Deshalb ist es unglaublich, die sinnlose und unnötige Zerstörung der Universitätskirche im Jahr 1968 zu beklagen, aber heute in gleicher Weise vielfach zu handeln.

Die Leipziger Linke hat sich seit der Wende vielfältig geäußert und sieht den Abriss der Universitätskirche kritisch, da es bereits damals alternative und machbare Vorschläge mit dem Erhalt gegeben hat. Am 27. März diesen Jahres beschloss die 2. Tagung des 1. Stadtparteitages DIE LINKE die Übernahme einer Patenschaft für ein Epitaph aus der ehemaligen Universitätskirche und die anteilige Beteiligung an den Kosten zur Restaurierung in Höhe von 5.000 €. Gleichzeitig wurden die Mitglieder des Stadtverbandes aufgerufen, durch weitere Spenden, diesen Betrag zu erhöhen.

Es ist aber nur eine Teilwahrheit, dass es damals ausschließlich um einen ideologisch begründeten Abriss der Universitätskirche St. Pauli ging. Deshalb müssen die Entscheidungen von 1968 zur Neugestaltung des Universitätskomplexes differenziert gesehen werden. Statt einer historisch genauen Wiederherstellung mit einer stark

begrenzten Zahl von Hörsälen und Seminarräumen für einige Hundert Studenten und Wissenschaftler sollte, für damalige Verhältnisse auch international ungewöhnlich, anstelle einer Campus-Universität am Rande der Stadt, mitten im Zentrum Leipzigs ein Komplex entstehen, der mehreren tausend Mitarbeitern und Studenten moderne Arbeits- Lern- und Lehrmöglichkeiten bot. Diesen Spagat hat damals auch die Mehrzahl der Studierenden und Mitarbeiter sowie der Bevölkerung so gesehen. Dies einzusehen fällt aber jenen schwer, denen es ausschließlich um den Erhalt der Universitätskirche ging und deren Meinung nach der Wende als „einzige Wahrheit“ propagiert wurde.

Dass die Linkspartei ihre historische Verantwortung als Nachfolgepartei der SED kritisch, aber historisch korrekt und nicht ideologisch einseitig verbrämt aufarbeitet, wurde bereits seit Anfang der 90-er Jahre auch von christlichen Kreisen anerkannt. So meinte Pfarrer Führer 1993 beim Treffen zur Konstituierung des Aktionsbündnisses gegen Obdachlosigkeit, zu dem nur ein PDS-Abgeordneter erschien, dass er verwundert wäre, wenn sich die PDS nicht engagieren würde.

Aber den Abriss der Unikirche hatte ja auch nur „die SED“ beschlossen. Hingegen werden Christdemokraten und Liberale einfach „vergessen“, welche im Stadtparlament ebenfalls mit beschlossen hatten und in den akademischen Gremien und Sektionen waren nicht nur Genossen tätig.

Was die Weltoffenheit angeht, hat die

Leipziger Universität schon zu DDR-Zeiten Maßstäbe gesetzt, die bis heute weltweit nachwirken, wie der Besuch der chilenischen Staatspräsidentin eindrucksvoll zeigte. Solidarität war nicht nur Bekenntnis, sondern wurde an der Universität täglich gelebt.

Die Regierung der DDR beschloss 1956 die Bildung des Institutes für Ausländerstudium an der Karl-Marx-Universität Leipzig, das seit Anfang der 60-er Jahre den Namen Herders trägt. Heute trägt zwar eine Institution der Uni diesen Namen, ist im Umfang der Lehre und dem internationalen nur noch marginal vergleichbar. 1964 hatte es zeitweilig Studenten und Lehrer aufgenommen, nachdem bei einem schweren Erdbeben die Hauptstadt der jugoslawischen mazedonischen Teilrepublik Skopje fast völlig zerstört worden war.

Es dürfte deutschlandweit eine Ausnahme in der Tradition von Architekturwettbewerben gewesen sein, dass 2004 ohne Abschluss eines Wettbewerbs Teilergebnisse in die Öffentlichkeit gebracht werden und versucht wurde, ein Preisgericht einseitig von außen zu nötigen, zumindest aber zu beeinflussen. 2003 hatten sich nach öffentlichen Debatten die Universität, der Stadtrat, ebenso wie Wissenschaftler der Theologischen Fakultät und die evangelische Kirche in entsprechenden Beschlüssen klar gegen einen Wiederaufbau der Universitätskirche und für eine multifunktional nutzbare sowie an die Geschichte erinnernde Aula ausgesprochen. Trotzdem versuchte der Freistaat als Fördermittelgeber, einer kleinen Lobby gehorchend, über einen bewusst gewählten schwammigen Begriff einer „Kirchen-Aula“ den erreich-



ten Konsens und Planungsstand auszuhebeln.

Völlig daneben und von Beliebigkeit geprägt war der 2004 im Wettbewerb ausgeschiedene und zuerst in die Presse lancierte Entwurf von Hans Kollhoff aus Berlin, der unter anderem ein 25geschossiges Hochhaus auf der Fläche des ehemaligen Cafes Felsche, was das in der Gestaltung an den Uhrturm des Marcusplatzes in Venedig angelehnte, das Kroch-Hochhaus in der Nachbarschaft völlig degradiert hätte, ebenso die unmittelbar benachbarte, wieder aufgebaute „Uni-Kirche“ und deren Proportionen zur neuen Umgebung keinesfalls den historischen, sondern mehr einer Friedhofskapelle geglichen hätte. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass auch in Westeuropa Kirchen abgebrochen wurden, um wie in Kiel attraktive Plätze oder Straßen zu schaffen und Kirchen für andere Zwecke nachgenutzt werden.

Um Altar und Kanzel und Wandverkleidung vor schädlichen Einflüssen des intensiv genutzten Innenraumes zu schützen, sollen wie in einer Den

Haager Kirche Glaswände eingebaut werden, die durch die Transparenz eine ungehinderte Durchsicht garantieren. Da Bauwerke meist für Jahrzehnte errichtet werden, sollten Architekten und Bauleute immer die Zukunftsgerichtetheit im Auge haben und sich nicht ausschließlich von aktuellen politischen Zwängen diktieren lassen. Qualität der Denkmalpflege wird nicht zu allererst über die Anzahl, sondern vor allem über die Vielfalt der Epochen und Stile sowie Inhalte definiert. Auf keinen Fall lässt sich glaubwürdige Denkmalpflege und Erinnerung mit Schaum vor dem Mund gestalten.

26 Bürgerinnen und Bürger gründeten am 22. Oktober die Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität Leipzig“, in der neben Christen, Wissenschaftlern, Studenten, Rentnern auch Linke seit Anfang gleichberechtigt mitwirken. Sie wollen jenen Leipzigern eine Stimme geben, die sich gegen eine Umdeutung und Umnutzung des Paulinums zu einer Kirche wehren und sie ermuntern, aktiv zu werden. Eine autonome Universität

muss das Recht haben, unbeeinflusst darüber zu entscheiden, welche Art von Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten stattfinden. Sie unterstützen in ihrem Aufruf, den jeder, auch Nichtleipziger, unterschreiben kann, die am 14. Oktober vom Senat der Universität beschlossene Resolution gegen die Versuche, den in vielen Debatten und nach mehreren Jahren gefundenen Kompromiss zur Nutzung und Funktion sowie des Namens Paulinum rückgängig zu machen. Unverständnis rufen die Versuche staatlicher Funktionsträger, darunter auch der Generalbundesanwältin hervor, die die verfassungsrechtliche Trennung von Staat und Kirche in Frage stellen. Die Bürgerinitiative betont, dass die Universität historische Lehren gezogen hat und dass die als Folge der friedlichen Revolution von 1989 gewonnene Autonomie und Freiheit entschieden gegen Versuche der Instrumentalisierung oder ideologischen Vereinnahmung jedweder Art verteidigt wird.

Siegfried Schlegel

## IHK rennt bei Masterplan von Wirtschaft und Politik bei Linksfraktion offene Türen ein

Die von der Industrie- und Handelskammer in Auftrag gegebene Studie des Instituts für Wirtschaftsförderung Halle zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt und Region kommt zu ähnlichen analytischen Ergebnissen, wie sie durch die Linksfraktion schon vielfach in die politische Debatte eingebracht wurden. Von Anfang an haben wir uns gegen die flächendeckende Deindustrialisierung gestemmt und die einseitige Orientierung der Stadtverwaltung auf die Entwicklung eines Dienstleistungs- und Bankenstandortes als fehlerhaft bekämpft.

Die Linksfraktion war und ist bisher die einzige, die immer wieder zu einer Leitbild Diskussion drängt. Leider vergeblich, ein Leitbild unserer Stadt gibt es bis heute nicht. Eine gezielte wirtschaftliche Entwicklung mit einer wirksamen Vermarktung unseres Standortes wurde auch deshalb nicht erreicht.

2008 hat Leipzig den notwendigen Strukturwandel immer noch nicht vollzogen. Daran ändern auch begrüßenswerte Großinvestitionen nichts.

Erst mit Herrn Schubert, jetzt mit Herrn Albrecht, verschloss und verschließt sich die Stadtverwaltung bis heute einer zielorientierten und strukturierten arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Vorgehensweise. Ansiedlungen unterliegen nach wie vor vorwiegend dem Zufallsprinzip. Ein gemeinsamer Masterplan von Politik und Wirtschaft zur Entwicklung starker wirtschaftlicher Strukturen in unserer Stadt und Region wäre hier ein Fortschritt. Allerdings sollten dabei nicht nur die Interessen der Wirtschaft, sondern auch die der Arbeitnehmer Eingang finden.

Mit den Schlussfolgerungen der Herren Topf und Dirschka bezüglich der Tätigkeit von städtischen Beteiligungen zeigen beide Präsidenten allerdings weder

Verständnis für demokratische Prinzipien noch für wirtschaftliche Logik. Nach unseren Erkenntnissen gab es in Leipzig keine Rekommunalisierung, sondern den durch Bürgervotum vereitelten Versuch, wichtige kommunale Unternehmen zu privatisieren. Die Unterstellung, dass dies nicht zu sinkenden Kosten für die Bürger führte, sagt noch gar nichts über eine mögliche Kostenentwicklung aus, wenn privatisiert worden wäre.

Im Übrigen sollten beide Herren weniger Energie darauf verschwenden, dass Leistungen der kommunalen Unternehmen unserer Stadt begrenzt werden. Dies festzulegen steht nur den Bürgern und allenfalls ihren demokratisch gewählten Vertretern zu. Fakt ist, ohne das wirtschaftliche Engagement der Stadt sähe es nicht nur für das Stadtsäckel wesentlich dürftiger aus, auch manch kleines und mittelständisches Unternehmen unserer Region wäre ohne Auftrag.

William Grosser  
wirtschaftspolitischer Sprecher

## Regelmäßige Termine

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

### AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,  
Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

### AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

### AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

### AG Diskurs

jeden 1. Montag, 19:00 Uhr

### AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

### AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

### AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

### AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

### AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

### Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

### Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

### Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

### Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

## Terminvorschau

### Sa., 22. November 2008 - 9:30 Uhr

KEIN SCHNITT INS LEBEN" – Kampagne gegen Genitalverstümmelung im Rahmen des Tages: "NEIN zu Gewalt an Frauen". LISA Leipzig, LHL.

### Sa., 22. November 2008 - 10:00 Uhr

Konferenz: Armut und prekäre Lebensverhältnisse – Aufgaben für DIE LINKE. RLS.

### Sa., 22. November 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: "Der menschliche Makel". LHL.

### Mo., 24. November 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

### Mo., 24. November 2008 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdL Dr. Dietmar Pellmann zum Thema: "Die Rente geht uns alle an - zur gegenwärtigen Situation und den Vorstellungen der LINKEN." Große Eiche, Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Straße 81.

### Mo., 24. November 2008 - 19:00 Uhr

Workshop zur Diskussion des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms. Thema: Bürgerstadt Leipzig, LHL.

### Di., 25. November 2008 - 17:30 Uhr

Gesprächsabend: Internationaler Gedenktag TERRE DES FEMMES: "Nein zu Gewalt an

Frauen", Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

### Mi., 26. November 2008 - 18:30 Uhr

Bürgerforum: Die Rente geht uns alle an, mit MdB Dr. Barbara Höll, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

### Mi., 26. November 2008 - 18:30 Uhr

ROSA L in Grünau: Leitbilder für Leipzig. Mit Dr. Ilse Lauter, Vorsitzende der Stadtratsfraktion der Partei DIE LINKE in Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

### Fr., 28. November 2008 - 18:00 Uhr

"REZITIEREN & KORRIGIEREN" Literaturcafe am Freitag: Grenzgänge zwischen den Künsten. Künstlerisches Programm und Gespräch mit dem Künstler und Kulturwissenschaftler Detlef Nitzsche. LHL.

### Sa., 29. November 2008 - 9:00 Uhr

Vertreterversammlungen zur Wahl der Bundesvertreter für die EU-Wahl und Wahl der DirektkandidatInnen Bundestag. Veranstaltungssaal LVB, Jahn-Allee 56

### Di., 2. Dezember 2008 - 18:00 Uhr

There was no alternative? Weg aus der Krise, oder mitten hinein? Stefan Frank (Journalist) analysiert die Ursachen und Hintergründe der Finanzkrise und wirft einen kritischen

Blick auf die Eindämmungsversuche. Veranstaltet von linxxnet. nato, Karl-Liebknecht-Straße 46.

### Mi., 3. Dezember 2008 - 19:00 Uhr

Workshop zur Diskussion des Entwurfs des Kommunalwahlprogramms. Thema: Leben in einer grünen, familienfreundlichen Stadt, LHL.

### Do., 4. Dezember 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Diskussion zur Abfallwirtschaft in Leipzig mit Prof. Joachim Finster. LHL.

### Sa., 6. Dezember 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: "Die Rosenstraße". LHL.

### Mo., 8. Dezember 2008 - 18:00 Uhr

Bürgerforum: "Hartz IV-Empfänger und zu hohe Nebenkostenabrechnungen" mit einem Sozialexperten aus dem Zentrum für Integration Leipzig e. V. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

### Mo., 8. Dezember 2008 - 18:00 Uhr

Lieder zur Weihnachtszeit, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112

### Mi., 10. Dezember 2008 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro Georg-Schumann-Str. 112

### Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Fotos: Foto LN Fiebelkorn

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 12/2008 ist Donnerstag, 4. Dezember 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.